



Bundesgesetzblatt

Teil I

2025

Ausgegeben zu Bonn am 8. April 2025

Nr. 105

Fünfte Verordnung zur Änderung der Steuerberatervergütungsverordnung

Vom 31. März 2025

Es verordnet das Bundesministerium der Finanzen aufgrund des § 64 Absatz 1 Satz 1 und 2 des Steuerberatungsgesetzes, bei dem Satz 1 zuletzt durch Artikel 4 Nummer 16 Buchstabe a des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (BGBl. I S. 2363) und Satz 2 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 53 des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1387) geändert worden ist, nach Anhörung der Bundessteuerberaterkammer:

Artikel 1

Änderung der Steuerberatervergütungsverordnung

Die Steuerberatervergütungsverordnung vom 17. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1442), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. Dezember 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 411) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Folgende Inhaltsübersicht wird vorangestellt:

„Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Anwendungsbereich
- § 2 Sinngemäße Anwendung der Verordnung
- § 3 Auslagen
- § 4 Vergütungsvereinbarung
- § 4a Unterschreiten der gesetzlichen Vergütung
- § 4b Fehlerhafte Vergütungsvereinbarung
- § 5 Mehrere Steuerberater
- § 6 Mehrere Auftraggeber
- § 7 Fälligkeit
- § 8 Vorschuß
- § 9 Berechnung

Zweiter Abschnitt
Gebührenberechnung

- § 10 Wertgebühren
- § 11 Rahmengebühren
- § 12 Abgeltungsbereich der Gebühren
- § 13 Zeitgebühr
- § 14 (weggefallen)

Dritter Abschnitt
Umsatzsteuer, Ersatz von Auslagen

- § 15 Umsatzsteuer
- § 16 Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen
- § 17 Dokumentenpauschale
- § 18 Geschäftsreisen
- § 19 Reisen zur Ausführung mehrerer Geschäfte
- § 20 Verlegung der beruflichen Niederlassung

Vierter Abschnitt
Gebühren für die Beratung und für die Hilfeleistung bei der Erfüllung allgemeiner Steuerpflichten

- § 21 Rat, Auskunft, Erstberatung
- § 22 Gutachten und Antrag auf verbindliche Auskunft
- § 23 Sonstige Einzeltätigkeiten
- § 24 Steuererklärungen
- § 25 Ermittlung des Überschusses der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben
- § 26 Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen
- § 27 Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Werbungskosten
- § 28 Prüfung von Steuerbescheiden
- § 29 Teilnahme an Prüfungen und Nachschau
- § 30 Selbstanzeige
- § 31 Besprechungen

Fünfter Abschnitt
Gebühren für die Hilfeleistung bei der Erfüllung steuerlicher Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

- § 32 Einrichtung einer Buchführung
- § 33 Buchführung
- § 34 Lohnbuchführung
- § 35 Abschlußarbeiten
- § 36 Steuerliches Revisionswesen
- § 37 Vermögensstatus, Finanzstatus für steuerliche Zwecke
- § 38 Erteilung von Bescheinigungen
- § 39 Buchführungs- und Abschlußarbeiten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

Sechster Abschnitt
Vergütung für die Vertretung in außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren,
gerichtlichen und anderen Verfahren

- § 40 Anwendung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes

Siebenter Abschnitt
Übergangsvorschrift

- § 41 Berechnung der Vergütung bei Änderungen dieser Verordnung“.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Soweit im Dritten Abschnitt nichts anderes bestimmt ist, kann der Steuerberater Ersatz der entstandenen Aufwendungen (§ 675 in Verbindung mit § 670 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) verlangen.“

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 4

Vergütungsvereinbarung“.

b) Absatz 1 Satz 1 und 2 wird wie folgt gefasst:

„Eine Vereinbarung über die Vergütung bedarf der Textform. Sie muss als Vergütungsvereinbarung oder in vergleichbarer Weise bezeichnet werden, von anderen Vereinbarungen mit Ausnahme der Auftragserteilung deutlich abgesetzt sein und darf nicht in der Vollmacht enthalten sein.“

c) Absatz 3 wird aufgehoben.

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.

4. Nach § 4 werden die folgenden §§ 4a und 4b eingefügt:

„§ 4a

Unterschreiten der gesetzlichen Vergütung

In außergerichtlichen Angelegenheiten kann eine niedrigere als die gesetzliche Vergütung vereinbart werden. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu Leistung, Verantwortung und Haftungsrisiko des Steuerberaters stehen.

§ 4b

Fehlerhafte Vergütungsvereinbarung

Aus einer Vergütungsvereinbarung, die nicht den Anforderungen des § 4 Absatz 1 Satz 1 und 2 entspricht, kann der Steuerberater keine höhere als die gesetzliche Vergütung fordern. Die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über die ungerechtfertigte Bereicherung bleiben unberührt.“

5. § 13 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „sowie für die Vertretung im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren (§ 40), im Verwaltungsvollstreckungsverfahren (§ 44) und in gerichtlichen und anderen Verfahren (§§ 45, 46)“ gestrichen.

b) In Satz 2 werden die Wörter „30 bis 75 Euro“ durch die Wörter „16,50 bis 41 Euro“ und das Wort „halbe“ durch das Wort „viertel“ ersetzt.

6. § 14 wird aufgehoben.

7. In § 18 Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „25 Euro“ durch die Angabe „30 Euro“, die Angabe „40 Euro“ durch die Angabe „50 Euro“ und die Angabe „70 Euro“ durch die Angabe „80 Euro“ ersetzt.

8. § 22 wird wie folgt gefasst:

„§ 22

Gutachten und Antrag auf verbindliche Auskunft

(1) Für die Ausarbeitung eines schriftlichen Gutachtens mit eingehender Begründung erhält der Steuerberater eine Gebühr von 10/10 bis 30/10 der vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1). Satz 1 gilt für einen Antrag auf verbindliche Auskunft entsprechend.

(2) Betreffen die Tätigkeiten nach Absatz 1 denselben Gegenstand, ist nur eine Tätigkeit maßgebend.“

9. § 23 wird wie folgt geändert:

a) Der Wortlaut wird Absatz 1.

b) Folgender Absatz 2 wird angefügt:

„(2) Für eine Mitteilung nach § 146a Absatz 4 der Abgabenordnung erhält der Steuerberater für das erste elektronische Aufzeichnungssystem einer Betriebsstätte 10 bis 30 Euro. Für jedes weitere elektronische Aufzeichnungssystem derselben Betriebsstätte erhält der Steuerberater 5 bis 20 Euro. Sofern mit der Mitteilung nach § 146a Absatz 4 der Abgabenordnung lediglich ein oder mehrere elektronische Aufzeichnungssysteme oder eine oder mehrere Betriebsstätten abgemeldet werden, erhält der

Steuerberater hierfür nur eine Gebühr nach Satz 1 unabhängig davon, wie viele elektronische Aufzeichnungssysteme oder Betriebsstätten abgemeldet werden.“

10. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

- „4. der Mindeststeuererklärung 1/10 bis 8/10
einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1);
Gegenstandswert ist 1 Prozent des Mindeststeuer-Gewinns oder des
Mindeststeuer-Verlusts im Sinne des § 15 des Mindeststeuergesetzes, jedoch
mindestens 16 000 Euro;“.

b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Entsteht im Fall des Absatzes 1 Nummer 4 zusätzlich eine Gebühr für die Anfertigung eines Mindeststeuer-Berichts derselben Unternehmensgruppe, ist die Gebühr für die Anfertigung eines Mindeststeuer-Berichts bis zur Hälfte der Gebühr für die Anfertigung der Mindeststeuererklärung auf die Gebühr für die Anfertigung der Mindeststeuererklärung anzurechnen.“

c) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 3 bis 5 und Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

- „(5) Der Steuerberater erhält die Zeitgebühr für
1. die Anfertigung einer Mitteilung nach § 138 Absatz 2 der Abgabenordnung,
 2. Arbeiten zur Feststellung des verrechenbaren Verlustes nach § 15a des Einkommensteuergesetzes,
 3. die Berechnung des Begünstigungsgewinns im Sinne des § 34a Absatz 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes (Begünstigung der nicht entnommenen Gewinne),
 4. einen sonstigen Antrag und eine sonstige Meldung nach dem Einkommensteuergesetz,
 5. die Anfertigung eines Mindeststeuer-Berichts nach den §§ 75 und 76 des Mindeststeuergesetzes,
 6. die Überwachung und Meldung der Lohnsumme im Sinne des § 13a Absatz 3 in Verbindung mit Absatz 7 Satz 1 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes sowie der Behaltensfrist im Sinne des § 13a Absatz 6 in Verbindung mit Absatz 7 Satz 2 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes,
 7. eine Anzeige nach § 30 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes,
 8. eine Meldung nach der Fahrzeuglieferungs-Meldepflichtverordnung.“

11. § 33 Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

- „(6) Gegenstandswert ist der jeweils höhere Betrag, der sich
1. in den Fällen der Gewinnermittlung nach § 4 Absatz 1, auch in Verbindung mit § 5 Absatz 1, des Einkommensteuergesetzes aus der Summe des Aufwands oder aus dem Jahresumsatz ergibt, wobei Jahresumsatz die Summe der Umsatzerlöse zuzüglich sonstiger betrieblicher Erträge, sonstiger Zinsen und vergleichbarer Erträge ist,
 2. in den Fällen der Gewinnermittlung nach § 4 Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes aus der Summe der Betriebseinnahmen oder der Summe der Betriebsausgaben ergibt, oder
 3. in den Fällen der Überschussermittlung nach § 2 Absatz 2 Nummer 2 des Einkommensteuergesetzes aus der Summe der Einnahmen oder der Summe der Werbungskosten ergibt.“

12. § 34 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „5 bis 18 Euro“ durch die Wörter „6 bis 19 Euro“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „5 bis 28 Euro“ durch die Wörter „6 bis 30 Euro“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 werden die Wörter „2 bis 9 Euro“ durch die Wörter „2,50 bis 9,50 Euro“ ersetzt.
- d) In Absatz 4 werden die Wörter „1 bis 4 Euro“ durch die Wörter „1,20 bis 4,20 Euro“ ersetzt.

13. Der Sechste bis Achte Abschnitt wird durch den folgenden Sechsten und Siebenten Abschnitt ersetzt:

„Sechster Abschnitt

Vergütung für die Vertretung in außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren,
gerichtlichen und anderen Verfahren

§ 40

Anwendung des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes

Die Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes finden auf die Vergütung von Steuerberatern für die Vertretung in außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren vor den Verwaltungsbehörden, in Verwaltungsvollstreckungsverfahren, in Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit, der Sozialgerichtsbarkeit und der Verwaltungsgerichtsbarkeit, in Strafverfahren, in berufsgerichtlichen Verfahren, in Bußgeldverfahren und in

Gnadensachen sinngemäße Anwendung. Dies gilt auch für die Vergütung des im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordneten Steuerberaters.

Siebenter Abschnitt

Übergangsvorschrift

§ 41

Berechnung der Vergütung bei Änderungen dieser Verordnung

Die Vergütung ist nach bisherigem Recht zu berechnen, wenn der Auftrag zur Erledigung der Angelegenheit vor dem Inkrafttreten einer Änderung dieser Verordnung erteilt worden ist. Hat der Steuerberater mit dem Auftraggeber in Textform eine Vereinbarung über auszuführende Tätigkeiten mit einer Geltungsdauer von mindestens einem Jahr getroffen und tritt während der Geltungsdauer dieser Vereinbarung eine Änderung dieser Verordnung in Kraft, so ist die Vergütung abweichend von Satz 1 nur bis zum Ablauf des Jahres, in dem die Änderung der Verordnung in Kraft getreten ist, nach bisherigem Recht zu berechnen. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn Vorschriften geändert werden, auf die diese Verordnung verweist.“

14. Die Anlagen 1 bis 4 (Tabellen A bis D) werden wie folgt gefasst:

„Anlage 1

Tabelle A
(Beratungstabelle)

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Euro
300	31
600	56
900	81
1 200	106
1 500	130
2 000	166
2 500	200
3 000	235
3 500	270
4 000	305
4 500	340
5 000	375
6 000	422
7 000	467
8 000	514
9 000	560
10 000	605
13 000	655
16 000	705
19 000	755
22 000	805
25 000	854
30 000	946
35 000	1 036
40 000	1 125
45 000	1 215
50 000	1 304

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Euro
65 000	1 399
80 000	1 496
95 000	1 592
110 000	1 689
125 000	1 784
140 000	1 879
155 000	1 976
170 000	2 071
185 000	2 168
200 000	2 264
230 000	2 412
260 000	2 559
290 000	2 705
320 000	2 859
350 000	2 926
380 000	2 990
410 000	3 055
440 000	3 115
470 000	3 175
500 000	3 234
550 000	3 320
600 000	3 404
vom Mehrbetrag bis 5 000 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	149
vom Mehrbetrag über 5 000 000 Euro bis 25 000 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	112
vom Mehrbetrag über 25 000 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	88

Anlage 2**Tabelle B
(Abschlusstabelle)**

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr ($^{10}/_{10}$) Euro
3 000	49
3 500	57
4 000	68
4 500	76
5 000	86
6 000	96
7 000	105
8 000	116
9 000	121
10 000	127
12 500	134
15 000	151
17 500	166
20 000	178
22 500	191
25 000	201
37 500	215
50 000	263
62 500	303
75 000	338
87 500	353
100 000	369
125 000	423
150 000	471
175 000	512
200 000	548
225 000	582
250 000	613
300 000	641
350 000	696
400 000	746
450 000	791
500 000	832
625 000	871
750 000	968
875 000	1 050
1 000 000	1 126
1 250 000	1 194
1 500 000	1 324
1 750 000	1 438
2 000 000	1 542

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Euro
2 250 000	1 635
2 500 000	1 718
3 000 000	1 797
3 500 000	1 951
4 000 000	2 089
4 500 000	2 214
5 000 000	2 328
7 500 000	2 720
10 000 000	3 162
12 500 000	3 520
15 000 000	3 819
17 500 000	4 074
20 000 000	4 293
22 500 000	4 573
25 000 000	4 831
30 000 000	5 315
35 000 000	5 759
40 000 000	6 172
45 000 000	6 558
50 000 000	6 923
vom Mehrbetrag bis 125 000 000 Euro je angefangene 5 000 000 Euro	273
vom Mehrbetrag über 125 000 000 Euro bis 250 000 000 Euro je angefangene 12 500 000 Euro	477
vom Mehrbetrag über 250 000 000 Euro je angefangene 25 000 000 Euro	681

Anlage 3**Tabelle C**
(Buchführungstabelle)

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr ($\frac{10}{10}$) Euro
15 000	72
17 500	80
20 000	88
22 500	93
25 000	101
30 000	108
35 000	117
40 000	122
45 000	129
50 000	138
62 500	145
75 000	158
87 500	174
100 000	188
125 000	209
150 000	230
200 000	275
250 000	317
300 000	359
350 000	404
400 000	441
450 000	475
500 000	512
vom Mehrbetrag über 500 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	36

Anlage 4**Tabelle D**

Teil a
(Landwirtschaftliche Tabelle – Betriebsfläche)

Betriebsfläche bis ... Hektar	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Euro
40	369
45	395
50	420
55	444
60	467
65	489
70	508
75	527
80	545
85	562
90	576
95	589
100	601
110	631
120	659
130	687
140	714
150	742
160	769
170	793
180	818
190	842
200	865
210	888
220	911
230	932
240	952
250	972
260	992
270	1 011
280	1 028
290	1 046
300	1 062
320	1 097
340	1 131
360	1 166
380	1 198
400	1 229
420	1 262

Betriebsfläche bis ... Hektar	Volle Gebühr ($\frac{10}{10}$) Euro
440	1 293
460	1 323
480	1 352
500	1 379
520	1 409
540	1 436
560	1 463
580	1 488
600	1 515
620	1 540
640	1 564
660	1 587
680	1 610
700	1 630
750	1 681
800	1 726
850	1 764
900	1 797
950	1 822
1 000	1 843
2 000 je ha	1,69 mehr
3 000 je ha	1,53 mehr
4 000 je ha	1,38 mehr
5 000 je ha	1,22 mehr
6 000 je ha	1,07 mehr
7 000 je ha	0,92 mehr
8 000 je ha	0,76 mehr
9 000 je ha	0,60 mehr
10 000 je ha	0,46 mehr
11 000 je ha	0,30 mehr
12 000 je ha	0,16 mehr
ab 12 000 je ha	0,16 mehr

Tabelle D

Teil b
(Landwirtschaftliche Tabelle – Jahresumsatz)

Jahresumsatz im Sinne von § 39 Absatz 5 bis ... Euro	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Euro
40 000	384
42 500	403
45 000	422
47 500	442
50 000	459
55 000	497
60 000	533
65 000	571
70 000	605
75 000	642
80 000	678
85 000	713
90 000	748
95 000	782
100 000	817
105 000	850
110 000	883
115 000	918
120 000	951
125 000	983
130 000	1 017
135 000	1 048
140 000	1 081
145 000	1 114
150 000	1 146
155 000	1 178
160 000	1 209
165 000	1 242
170 000	1 273
175 000	1 304
180 000	1 336
185 000	1 366
190 000	1 397
195 000	1 428
200 000	1 459
205 000	1 490
210 000	1 520
215 000	1 550
220 000	1 580
225 000	1 611

Jahresumsatz im Sinne von § 39 Absatz 5 bis ... Euro	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Euro
230 000	1 640
235 000	1 670
240 000	1 699
245 000	1 728
250 000	1 755
255 000	1 785
260 000	1 815
265 000	1 842
270 000	1 871
275 000	1 898
280 000	1 926
285 000	1 953
290 000	1 980
295 000	2 008
300 000	2 034
305 000	2 060
310 000	2 086
315 000	2 110
320 000	2 136
325 000	2 160
330 000	2 186
335 000	2 209
340 000	2 233
345 000	2 257
350 000	2 278
355 000	2 302
360 000	2 325
365 000	2 346
370 000	2 368
375 000	2 390
380 000	2 404
385 000	2 432
390 000	2 452
395 000	2 472
400 000	2 492
410 000	2 531
420 000	2 569
430 000	2 609
440 000	2 645
450 000	2 682
460 000	2 718
470 000	2 752
480 000	2 787

Jahresumsatz im Sinne von § 39 Absatz 5 bis ... Euro	Volle Gebühr (¹⁰ / ₁₀) Euro
490 000	2 817
500 000	2 848
vom Mehrbetrag über 500 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	165“.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 2025 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 31. März 2025

Der Bundesminister der Finanzen
Jörg Kukies